

Jahreshauptversammlung 2026

Positionspapier zur überbordenden Bürokratie an Schulen am Beispiel des Präventionserlasses

In ganz Deutschland spricht man vom dringend benötigten Bürokratieabbau; für Schulen, Schulleitungen und Lehrkräfte, deren Überlastung in verschiedenen Arbeitszeituntersuchungen belegt wurde, scheint jedoch das Gegenteil zu gelten!

So bietet der Erlassentwurf d. MK, d. MS, d. MI u. d. MJ „Gewaltprävention und -intervention zur Sicherheit in Schulen in Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft“ ein hohes Maß an zusätzlichem bürokratischem Aufwand für die Schulen, ohne dass dessen Nutzen erkennbar wird – hier wird ohne Blick auf die Realität der Einzelschulen flächendeckend Aktionismus verordnet!

An den niedersächsischen Gymnasien gibt es gute und bewährte Konzepte zur Gewaltprävention und zum Umgang mit Gewaltvorkommnissen. Diese werden durch die geplante aufgeblähte Dokumentation und eine regelmäßige halbjährliche Diskussion nicht effektiver.

Was es an niedersächsischen Gymnasien – und vermutlich auch anderen Schulformen – allerdings nicht gibt, sind für den Bereich der Gewaltprävention unabdingbare Ressourcen: Es fehlt an Beratungslehrkräften in ausreichender Anzahl und entsprechenden Fortbildungsangeboten hierzu, an Kräften der Schulsozialarbeit und an Zeit in Form von Entlastungstunden, um diesen Mangel durch andere Personen (Schulleitung, Lehrkräfte) zu kompensieren, die durch ihre Aufgaben bereits jetzt überlastet sind. Auch fehlt es in der Stundentafel an einer ausreichenden Anzahl an wöchentlichen Klassenratsstunden, um als Klassenleitung im Bereich der Prävention wichtige Aufgaben wahrzunehmen.

Die Deklaration der Gewaltprävention als Querschnittsaufgabe ist einerseits richtig, andererseits bietet diese nicht die nötigen Orte, an denen Aspekte der Gewaltprävention ganz konkret behandelt werden können, anstatt sie in den Fachunterricht zu verlagern! Sie erscheint hier als das Feigenblatt, mit dem man den Mangel an effektiver Unterstützung kaschiert.

Anstatt den Schulen Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Gewaltprävention und eine effektive und effiziente Gewaltintervention zu gewähren, belastet sie man sie mit einem Bürokratiemonster:

- Halbjährliche (!) Thematisierungen und Evaluationen des Präventionskonzeptes „in Dienstbesprechungen und den schulischen Gremien“, die bei allen Beteiligten schnell kontraproduktiv wirken können („Nicht schon wieder!“)
- Anlasslose (!) Prüfung und Bewertung der Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft

- Aktualisierung der Notfallinformationen „ein Mal pro Schuljahr sowie anlassbezogen“
- Umfangreiche Dokumentation und Meldung aller Gewaltvorkommnisse und Sachbeschädigungen, die eine Flut an Bagatelldokumentationen erwarten lassen und eher zu einer Kriminalisierung statt zu sinnvollem pädagogischen Handeln führen
- Doppelung der Meldung an RLSB und MK in Akutsituationen, in denen die Schule aber vor Ort massiv gefordert ist
- Unangemessene Beteiligungsverfahren statt effizienter Schadensregulierung („Gemeinsam konkrete Maßnahmen zum Schadensausgleich überlegen“, „In Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten Maßnahmen zur Wiedergutmachung abstimmen“)

Es ist unstrittig, dass bei ernsten Vergehen unverzüglich und umfassend gehandelt werden muss – so wie wir es derzeit bereits tun! Die Neufassung des Erlasses und der dazugehörige Interventionsleitfaden bewirken aber eine deutliche Zunahme an Dokumentation und Bürokratie, ohne dass hierfür Ressourcen bestehen und ohne dass ein Nutzen deutlich wird - auch offenbaren die geplanten Veränderungen einen Mangel an Vertrauen in die bewährten, verantwortungsvollen Handlungsstrategien der Einzelschulen.

Das Muster, bürokratischen Aufwand für Schulleitungen und Lehrkräfte zu erhöhen, anstatt sie durch strukturelle Veränderungen und Bereitstellung angemessener Ressourcen wirkungsvoll zu entlasten und Themen inhaltlich angemessen zu bearbeiten, beobachten wir in vielen Bereichen, so z.B. auch im Kontext von Datenschutz und Umsatzsteuer.

Wir fordern:

- **Evaluation und Anpassung von Konzepten in einem *mehrjährigen* Rhythmus in *einem* schulischen Gremium (nicht halbjährlich in mehreren Gremien!)**
- **Reduzierung von Dokumentationen auf ein sinnvolles Minimum: Effektive und effiziente Handlungsmuster statt aufgeblähte Bürokratiemonster!**
- **Keine weiteren Aufgaben ohne Zuweisung der nötigen personellen und zeitlichen Ressourcen!**